

Erb-Reform 1 Million für jeden frei?

SEITE 2

Unternehmer kritisieren SPD-Plan zur Erbschaftssteuer

„Ich habe Angst um den Mittelstand“

Oma ist auch diesmal wieder dabei. Im SPD-Konzept zur Erbschaftsteuer, das am Montag die Runde machte, steht der schöne Satz, es sei selbstverständlich, „dass das Wohnhaus von Oma steuerfrei geerbt werden kann, aber für drei Villen Erbschaftsteuer anfällt“. Das klingt klischeehaft, aber nicht überraschend. Großmutter und ihr Häuschen sind typisch sozialdemokratische Rhetorik, die sündteuren Villen ebenso.

Für SPD-Fraktionsvize Wiebke Esdar ist es „eine Frage der Gerechtigkeit“. Hier die Entlastungen bei privaten Erbschaften: ein Lebensfreibetrag von einer Million Euro, dafür der Verzicht auf Schenkungen (aktuell bis zu 400 000 Euro alle zehn Jahre). Selbst genutzte Immobilien können steuerfrei vererbt werden. Aber Unternehmen sollen mehr zahlen: Abkehr von den Verschonungsregeln, die viele neue Firmenbesitzer von der Erbschaftsteuer befreit, allenfalls eine Stundung der Zahlung über bis zu 20 Jahre, ein Freibetrag von nur fünf Millionen Euro.

Esdar verweist auf eine Summe von über 300 Milliarden Euro, die jedes Jahr vererbt werde – „steuerlich erfasst und besteuert werden momentan 9,2 Milliarden Euro“. Ihre Partei wolle keine Steuern erhöhen, lediglich „Multimillionen- und Milliardenerbenschaften“ ins Visier nehmen.

Das klingt, als würden die Sozialdemokraten nur nach oben zielen. Betroffen fühl man sich aber auch ein paar Etagen tiefer. Zum Beispiel in Schwindegg im Landkreis Mühldorf. Ingrid Obermeier-Osl, Senior-Chefin des dortigen Holzwerks mit rund 170 Mitarbeitern, will den Betrieb an ihren Neffen übergeben. Würde da Erbschaftssteuer fällig, wie es sich die SPD vorstellt, ginge es unweigerlich an die Substanz. „Ich habe Angst um den Mittelstand, wenn Eigenkapital und

Ingrid Obermeier-Osl, Chefin des Holzwerks in Schwindegg, will den Betrieb an ihren Neffen Alexander übergeben.

PRIVAT



Weniger Einnahmen als durch Tabaksteuer

Wie viel Geld jedes Jahr in Deutschland vererbt oder verschenkt wird, weiß niemand genau. Wer unter den Freibeträgen bleibt, taucht in der Statistik der Finanzbehörden nicht auf. Geschätzt wird, dass jährlich 200 bis 400 Milliarden Euro durch Erbschaften und Schenkungen den Besitzer wechseln. Im vergangenen Jahr kassierten die Finanzverwaltungen

dafür laut Statistischem Bundesamt Erbschaft- und Schenkungsteuer in Höhe von geschätzt 14,27 Milliarden Euro – weniger als aus der Tabaksteuer eingenommen wurde (15,6 Milliarden). Trotzdem war das ein Rekord. Die Einnahmen aus der Erbschaftsteuer fließen an die Länder, der Bund hat davon unmittelbar erst mal nichts.

Investitionskraft so geschmälert werden“, sagt Obermeier-Osl, auch Vizepräsidentin der IHK für München und Oberbayern. Und sie fragt sich, „wie man überhaupt auf die Zahl fünf Millionen kommt“, so realitätsfern und niedrig.

Auch Rudolf Stürzer, Vorsitzender der Münchner Hausbesitzervereinigung Haus + Grund, hadert mit dem Teil des Entwurfs, der auf Privatpersonen abzielt: „Das ist eine weitere Verschlechterung.“ Er verweist auf die steigende Diskre-

panz zwischen dem Papierwert von Immobilien in Oberbayern und den Mieteinnahmen. Letztere hätten sich in den vergangenen 15 Jahren zwar ebenfalls deutlich erhöht, aber viel geringer als der Verkehrswert. „Da ist seit der Finanzkrise alles aus den Fugen geraten. Der Wert hat sich verfünffacht, die Steuer damit auch.“ Die Freibeträge sind hingegen heute die selben wie 2009.

Erbschaftssteuer in Deutschland

